

Bericht BVK

über die unter Beschlussvollzugskontrolle (BVK) stehenden Stadtratsbeschlüsse des Personal- und Organisationsreferates im Zeitraum 01.07. - 31.12.2016 im Verwaltungs- und Personalausschuss / am 29.03.2017

Lfd. Nr.	Beschlussnummer	Beschlossen am VPA/VV	Beschlusstitel (Betreff)	Beschlussaufträge	Status der Erledigung	Erledigungsvermerke
1	08-14 / V 12487	16.10.2013 / 23.10.2013	<p>Bio und Billig – kein Widerspruch</p> <p>oder wie kann der Anteil ökologischer, regionaler und fair gehandelter Produkte in städtischen Kantinen zu sozialen Preisen gesteigert werden</p> <p>(Antrag Nr. 08-14 / A 02358 der Stadtratsfraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN/RL vom 07.04.2011, eingegangen am 07.04.2011)</p>	<p>1. Das POR wird beauftragt, alle Schritte in die Wege zu leiten, um die unter Ziffer 2 des Vortrags genannten Maßnahmen in Zusammenarbeit mit dem RGU umzusetzen.</p> <p>2. Das POR wird beauftragt, die Ausschreibung für einen externen Beratervertrag, wie unter Ziffer 2.4 des Vortrags vorgeschlagen, vorzubereiten.</p> <p>3. Das POR wird beauftragt, die unter Ziffer 3 des Vortrags genannten weitergehenden Maßnahmen vorzubereiten. Im 1. Halbjahr 2015 wird dem Stadtrat über vorliegende Ergebnisse erneut berichtet.</p>	<p>Erledigt</p> <p>Im Zeitplan</p>	<p>Zu 2. Der Beratervertrag wurde ausgeschrieben und abgeschlossen.</p> <p>Zu 3. Dem Stadtrat wurde im 1. HJ 2015 über den Stand der Umsetzung berichtet (VPA vom 24.06.2015, 14-20 / V 03066). Die Umsetzung erfolgt in zwei Phasen:</p>

Lfd. Nr.	Beschlussnummer	Beschl. am VPA/VV	Beschlustitel (Betreff)	Beschlussaufträge	Status der Erledigung	Erledigungsvermerke
				<p>4. Die einmaligen Mittel in Höhe von 20.000,00 € werden aus dem Restfonds des POR entnommen und auf dem Büroweg im Produkt PROD5701 eingestellt.</p> <p>5. Der Antrag Nr. 08-14/ A 02358 der Stadtratsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN/RL vom 07.04.2011 ist damit geschäftsordnungsgemäß erledigt.</p> <p>6. Der Beschluss unterliegt der Beschlussvollzugskontrolle.</p>	Erledigt	<p>Die Phase I (Mindestanteile von bestimmten Lebensmittelqualitäten vertraglich verbindlich und bzgl. der Essenspreise für städt. Beschäftigte kostenneutral festzulegen) wurde im Herbst 2016 abgeschlossen.</p> <p>Darüber hinaus prüft das externe Beratungsunternehmen die Realisierbarkeit von höheren Lebensmittelqualitäten (Phase II). Die Befassung des Stadtrates mit Projektverlauf und den Ergebnissen ist für den Herbst 2017 angestrebt. Sollte mit Erhöhung der Bio-Anteile eine Steigerung der Essenspreise für die städtischen Beschäftigten einhergehen, so wird auch der GPR damit befasst.</p> <p>Zu 4. Die 2014 zur Verfügung gestellten Mittel i.H.v. 20.000 € wurden verwendet.</p>

Lfd. Nr.	Beschlussnummer	Beschlossen am VPA/VV	Beschlusstitel (Betreff)	Beschlussaufträge	Status der Erledigung	Erledigungsvermerke
2	08-14 / V 13702	12.03.2014 / 09.04.2014	Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention Maßnahmen aus dem Handlungsfeld „Arbeit und Beschäftigung“ bei der Arbeitgeberin Landeshauptstadt München	<p>1. Vom Vortrag des Referenten wird Kenntnis genommen; das Personal- und Organisationsreferat wird beauftragt, die beschriebenen Maßnahmen zur Gewinnung von Menschen mit Behinderung für die reguläre und verzahnte Ausbildung umzusetzen.</p> <p>2. Das Personal- und Organisationsreferat wird beauftragt, die Voraussetzungen und Maßnahmen für die Schaffung von Praktikumsplätzen der regulären und verzahnten Ausbildung für Menschen mit Behinderungen sowie der Betreuung dieser Praktikantinnen/ Praktikanten mit Behinderungen umzusetzen.</p> <p>3. Das Personal- und Organisationsreferat wird beauftragt, die Maßnahmen für ein räumlich und inhaltlich barrierefreies städtisches Fortbildungsprogramm zu schaffen.</p>	<p>Zeitverzögert</p> <p>Erledigt</p>	<p>Zu 1. und 2. Die drei durch Beschluss genehmigten Stellen wurden zur Entlastung des städtischen Haushalts nicht eingerichtet. Eine weitere vorhandene Stelle ist seit längerer Zeit unbesetzt, deren Wiederbesetzung wird zum 01.06.2017 angestrebt. Eine Umsetzung des Beschlusses ist derzeit aufgrund des fehlenden Personals nicht möglich.</p> <p>Zu 3. Zwei direkte Ansprechpartnerinnen stehen Beschäftigten mit Schwerbehinderung zur Verfügung. Im direkten Kontakt wird besprochen, welche Unterstützungsmaßnahmen notwendig sind, um eine ungehinderte Teilnahme zu ermöglichen. Nach Bedarf wird auch direkt mit den Trainerinnen und Trainern Kontakt aufgenommen, um auch hier Hindernisse zu vermeiden. Bedarfsgerecht können Seminarunterlagen vorab zugestellt bzw. je nach</p>

Lfd. Nr.	Beschlussnummer	Beschlossen am VPA/VV	Beschlusstitel (Betreff)	Beschlussaufträge	Status der Erledigung	Erledigungsvermerke
				<p>4. Das Personal- und Organisationsreferat wird beauftragt im Benehmen mit dem Direktorium HA III STRAC und it@M eine Vorstudie und ein Sollkonzept für die Integration der Arbeitsplätze für blinde und sehbehinderte Beschäftigte in die IT-Struktur zu entwickeln.</p> <p>5. Das Personal- und Organisationsreferat wird beauftragt, ein Grobkonzept für einen Handicap-Day zu entwickeln.</p> <p>6. Das Personal- und Organisationsreferat wird beauftragt, im Benehmen mit der Gesamtvertretung der Schwerbehinderten beim Gesamtpersonalrat, dem Behindertenbeirat der LHM, einschlägigen Verbänden, Institutionen</p>	<p>Im Zeitplan</p> <p>Zeitverzögert</p> <p>Erledigt</p>	<p>Behinderung weiter aufbereitet werden. Zugleich wird ein weiteres Praxisseminar zur Sensibilisierung und Selbsterfahrung für alle Beschäftigten erarbeitet und im Fortbildungsprogramm angeboten. Weitere Wünsche nach zusätzlichen Fortbildungen und weitere Netzwerkangebote werden derzeit konzipiert.</p> <p>Zu 4. Das Sollkonzept ist erarbeitet. Derzeit wird eine Beschlussvorlage für den Stadtrat erstellt, in der die weiteren Schritte und der notwendige Finanzbedarf dargestellt werden.</p> <p>Zu 5. Die Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 04963 (VPA 17.02.16/VV 25.02.16) wurde beschlossen. Das Feinkonzept wird erarbeitet, sobald die personellen Kapazitäten verfügbar sind.</p> <p>Zu 6. Die zentralen Informationen zu Behinderung im Kontext mit Arbeit werden weiter aktualisiert und sukzessive weiter ausgebaut.</p>

Lfd. Nr.	Beschlussnummer	Beschlossen am VPA/VV	Beschlusstitel (Betreff)	Beschlussaufträge	Status der Erledigung	Erledigungsvermerke
				<p>Place To Work Institut die Rahmenbedingungen zu recherchieren und dem Stadtrat einen Entscheidungsvorschlag zu unterbreiten.</p> <p>4. ...</p> <p>5. ...</p> <p>6. ...</p> <p>7. ...</p> <p>8. ...</p> <p>9. Die Ziffern 2 und 3 dieses Antrages unterliegen der Beschlussvollzugskontrolle.</p>		im Jahr 2017 über eine eventuelle Folgebefragung zu entscheiden.
4	14-20 / V 03371	15.07.2015/ 29.07.2015	Great Place To Work II – Gemeinschaftsräume für städtische Mitarbeiter	<p>1. Vom Vortrag des Referenten wird Kenntnis genommen.</p> <p>2. Die zuständigen Stellen (Kommunalreferat, RBS-ZIM) werden beauftragt, zu erheben, in welchen städtischen Arbeitsstätten der Bedarf und die Möglichkeit besteht, für die städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Gemeinschaftsräume einzurichten.</p> <p>3. Das Personal- und Organisationsreferat wird beauftragt, dem Stadtrat nach Vorliegen der Ergebnisse zu berichten und Vorschläge zum weiteren Vorgehen zu unterbreiten.</p>	Erledigt	Bericht erfolgte mit Sitzungsvorlage Nr. 14-20/ V 07209 vom 9.11.2016.

Lfd. Nr.	Beschlussnummer	Beschlossen am VPA/VV	Beschlusstitel (Betreff)	Beschlussaufträge	Status der Erledigung	Erledigungsvermerke
				<p>4. Der Antrag Nr. 14-20 / A 00646 von Stadträtin Kristina Frank, Herrn Stadtrat Dr. Alexander Dietrich vom 03.02.2015 ist damit geschäftsordnungsgemäß erledigt.</p> <p>5. Der Beschluss unterliegt der Beschlussvollzugskontrolle.</p>		
5	14-20 / V 04095	17.02.2016/ 25.02.2016	Betriebliches Gesundheitsmanagement bei der Landeshauptstadt München	<p>1. Betriebliches Gesundheitsmanagement bei der Landeshauptstadt München wird, wie in Ziffer 5 des Vortrags dargestellt, verstärkt weitergeführt und zentral durch das POR unterstützt, begleitet und evaluiert (Steuerungsprodukt Personal- und Organisationssteuerung, Teilprodukt Arbeits- und Gesundheitsschutz).</p> <p>2. Bis zur Durchführung der Folgebefragung "GPTW" 2017 werden alle Referate und Eigenbetriebe verpflichtet</p> <ul style="list-style-type: none"> • im Rahmen der Bearbeitung der GPTW-Ergebnisse konkrete Überlegungen anzustellen, wie innerhalb der jeweiligen Organisation in Zukunft mit dem Thema "Gesundheit und Arbeitsfähigkeit" konkret umgegangen werden soll • effektive Strukturen zu schaffen und • einen Zeitplan zur Durchführung 	Im Zeitplan	Zu 2. und 4. Die Informationen aus einer Umfrage bei den Referaten/ Eigenbetrieben wurden aufbereitet und bilden die Basis für die geplante Beschlussvorlage in Sachen „Zentrale Finanzierung dezentraler Koordinatorinnen/ Koordinatoren für Arbeitsschutz- und Gesundheitsmanagement“. Aufgrund der umfangreichen Vorarbeiten konnte der Beschluss 2016 nicht mehr eingebracht werden. Eine Befassung des Stadtrats hierzu ist

Lfd. Nr.	Beschlussnummer	Beschl. am VPA/VV	Beschlustitel (Betreff)	Beschlussaufträge	Status der Erledigung	Erledigungsvermerke
				<p>der psychischen Gefährdungsbeurteilung nach dem Leitfaden zur praktischen Umsetzung des Arbeits- und Gesundheitsschutzes zu entwickeln und mit der Umsetzung der psychischen Gefährdungsbeurteilung zu beginnen.</p> <p>3. Bei der Entwicklung von dezentralen Aktivitäten des Betrieblichen Gesundheitsmanagement nach Ziffer 2 dieses Antrags ist der zentrale Steuerungsbereich Betriebliches Gesundheitsmanagement im POR zu beteiligen.</p> <p>4. Der zentralen Finanzierung von Koordinatorinnen und Koordinatoren für Arbeitsschutz- und Gesundheitsmanagement vor Ort gem. Ziff. 4.4.1 des Vortrags wird grundsätzlich zugestimmt. Das POR wird beauftragt, dem Stadtrat nach eingehender Prüfung, in welcher konkreten Höhe zusätzliche dezentrale Personalressourcen geschaffen werden müssen, einen Vorschlag zum weiteren Vorgehen zu unterbreiten.</p> <p>5. Das Personal- und Organisationsreferat (Fachreferat) wird beauftragt, die Einrichtung von 8,5 Stellen-VZÄ sowie die Stellenbesetzung beim Personal- und Organisationsreferat (Querschnitt) zu</p>	<p>Im Zeitplan</p>	<p>voraussichtlich im 1. Halbjahr 2017 geplant.</p> <p>Zu 5. Es wurden die lt. Änderungsantrag Nr. 14-20 / A 01808 8,5 Stellen-VZÄ eingerichtet. Die Stellenbesetzungen laufen.</p>

Lfd. Nr.	Beschlussnummer	Beschlossen am VPA/VV	Beschlusstitel (Betreff)	Beschlussaufträge	Status der Erledigung	Erledigungsvermerke
				<p>veranlassen. Das Personal- und Organisationsreferat (Fachreferat) wird beauftragt, die ab dem Jahr 2016 dauerhaft erforderlichen Haushaltsmittel in Höhe von bis zu 588.830 € entsprechend der tatsächlichen Besetzung der Stellen bei den Ansätzen der Personalauszahlungen der Kostenstellenbereiche der Abteilung 1 - Recht (PROD 5703 Recht) sowie der Abteilung 5 - Personalentwicklung (PROD 5701 Personal- und Organisationssteuerung und PROD 5707 Individuelle Personalentwicklung) Unterabschnitt 0220 anzumelden.</p> <p>Im Ergebnishaushalt entsteht bei der Besetzung mit Beamten/-innen durch die Einbeziehung der erforderlichen Pensions- und Beihilferückstellungen ein zusätzlicher Personalaufwand in Höhe von bis zu 218.170 € (50% des JMB Beamte).</p> <p>Zudem sind für 2016 dauerhaft Arbeitsplatzkosten in Höhe von 6.800 € sowie einmalig 26.070 € (Erstausstattung Arbeitsplatz) ab Besetzung auf dem Büroweg einzustellen bzw. künftig im Rahmen der Haushaltsplanaufstellung anzumelden.</p> <p>6. Das zentrale Budget für das Betriebliche Gesundheitsmanagement</p>		

Lfd. Nr.	Beschlussnummer	Beschl. am VPA/VV	Beschlustitel (Betreff)	Beschlussaufträge	Status der Erledigung	Erledigungsvermerke
				<p>wird ab 2016 dauerhaft für die Finanzierung der erforderlichen Sachkosten um 35.000 € aus dem zentralen Finanzmittelbestand aufgestockt. Die Mittel in Höhe von 50.000 €/Jahr, welche mit Beschluss von 19.03.2003 bereit gestellt wurden, sind daneben weiterhin zu veranschlagen. Für das Jahr 2016 werden die einmaligen Sachkosten in Höhe von 45.000 € und für das Jahr 2017 in Höhe von 10.000 € zur Verfügung gestellt. Die Mittel werden im Rahmen der Haushaltsplanung oder per Büroweg bereitgestellt.</p> <p>7. Von den Ausführungen zum Themenfeld „Ältere Beschäftigte“ und den in Ziffer 6 beschriebenen Maßnahmen wird zustimmend Kenntnis genommen. Der Finanzierung dieser Maßnahmen in Höhe von 30.000 €, verteilt auf die Jahre 2016 (10.000 €) und 2017 (20.000 €), wird zugestimmt.</p> <p>8. Der Antrag Nr. 08-14 / A 04814 vom 21.11.2013 „Wie geht es älteren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bei der Landeshauptstadt München?“ ist damit geschäftsordnungsgemäß erledigt.</p> <p>9. Von der in Ziffer 7.4 beschriebenen Vorgehensweise zum Personaleinsatzmanagement und den darin vorgeschlagenen Maßnahmen wird</p>		

Lfd. Nr.	Beschlussnummer	Beschlossen am VPA/VV	Beschlusstitel (Betreff)	Beschlussaufträge	Status der Erledigung	Erledigungsvermerke
				<p>zustimmend Kenntnis genommen.</p> <p>10. Ein zentrales jährliches Budget für das Personaleinsatzmanagement in Höhe von 50.000 € wird aus dem zentralen Finanzmittelbestand zur Verfügung gestellt. Die zusätzlichen Mittel werden im Rahmen der Haushaltsplanung oder per Büroweg bereitgestellt.</p> <p>11. Von der in den Ziffern 7.1 und 7.2 des Vortrags beschriebenen Vorgehensweise zum Betrieblichen Eingliederungsmanagement und zur Krankenbetreuung sowie den darin vorgeschlagenen Maßnahmen wird zustimmend Kenntnis genommen.</p> <p>12. Der Einführung eines dezentralen BEM-Fallmanagements und die zentrale Finanzierung der notwendigen Ressourcen vor Ort gem. Ziff. 7.1.2.2. des Vortrags wird grundsätzlich zugestimmt. Das POR wird beauftragt, nach Vorliegen der Erkenntnisse aus dem kommunalen Austausch und der Auswertung weiterer relevanter Daten erneut zu berichten und einen Vorschlag zum weiteren Vorgehen zu unterbreiten.</p> <p>13. Ein zentrales jährliches Budget ab 2016 für die Krankenbetreuung in Höhe von 20.000 € für die Leitung der städtischen Selbsthilfegruppe auf Honorarbasis und für das Betriebliche Eingliederungsmanagement für</p>	<p>Zeitverzögert</p> <p>Im Zeitplan</p> <p>Zeitverzögert</p>	<p>Zu 10. Die Mittel für das Personaleinsatzmanagement in Höhe von 50.000 € wurden bisher nicht abgerufen, da die personellen Ressourcen nicht wie beantragt genehmigt wurden und erst Kapazitäten neu justiert werden mussten. Das dahinterliegende Konzept konnte noch nicht für eine Umsetzung ausgearbeitet werden.</p> <p>Zu 12. Zum dezentralen BEM-Fallmanagement wurde dem Stadtrat am 15.06.2016 mit der Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 05951 eine eigene Beschlussfassung vorgelegt, mit der auch eine zentrale Finanzierung eines Pilotprojekts genehmigt wurde.</p> <p>Zu 13. Mit dem zentralen jährlichen Budget für die Krankenbetreuung in Höhe von 20.000 € wird eine externe Dienstleistung bezahlt. Die genehmigten Mittel in Höhe</p>

Lfd. Nr.	Beschlussnummer	Beschlussen am VPA/VV	Beschlusstitel (Betreff)	Beschlussaufträge	Status der Erledigung	Erledigungsvermerke
				<p>spezielle Trainingsmaßnahmen von BEM berechtigten Personen in Höhe von jährlich 25.000 € wird aus dem zentralen Finanzmittelbestand zur Verfügung gestellt. Die zusätzlichen Mittel werden im Rahmen der Haushaltsplanung oder per Büroweg bereitgestellt.</p> <p>14. Die Ausführungen in den Ziffern 7.3 Zusätzliche Maßnahmen für Menschen mit Schwerbehinderung, 7.5 Prävention durch Wissensmanagement an den Dienststellen und 7.6 Rolle der Rechtsabteilung des Personal- und Organisationsreferat, P 1.4 werden ebenfalls zustimmend Kenntnis genommen.</p> <p>15. Sofern die benötigten Ressourcen zur Verfügung gestellt werden, wird das Personal- und Organisationsreferat beauftragt, in 2 Jahren über die stadtweite Weiterentwicklung auf dem Gebiet „Betriebliches Gesundheitsmanagement“ zu berichten.</p> <p>16. Die Einrichtung und Besetzung der erforderlichen Kapazitäten kann nicht bis zur Genehmigung des Haushalts 2016 bzw. bis zur Aufstellung des Haushalts 2017 zurückgestellt werden. Die Unabweisbarkeit dieser Maßnahme (Personal- und Sachmittel) wird anerkannt.</p>		<p>von 25.000 € für spezielle Trainingsmaßnahmen wurden noch nicht (in voller Höhe) abgerufen, da auch hierfür ohne entsprechende personelle Ressourcen (s. o.) die Entwicklung von konkreten Umsetzungsmaßnahmen zurückstehen musste.</p>

Lfd. Nr.	Beschlussnummer	Beschlossen am VPA/VV	Beschlusstitel (Betreff)	Beschlussaufträge	Status der Erledigung	Erledigungsvermerke
				17. Dieser Beschluss unterliegt der Beschlussvollzugskontrolle.		
6	14-20 / V 07558	07.012.2016/ 14.12.2016	Sanierungsumsetzungskonzept Städtische Klinikum München (StKM) GmbH; Übernahme von Versorgungslasten	<ol style="list-style-type: none"> 1. In Abänderung von Ziff. 21 des Stadtratsbeschlusses vom 17.03.2004 werden auch die bislang der Städtische Klinikum München GmbH (StKM GmbH) zugeordneten Versorgungslasten (laufende Versorgungsauszahlungen und Pensionsrückstellungen) für Personen, die eine beamtenrechtliche oder vertragliche beamtenähnliche Versorgungszusage ab dem 01.01.1987, aber vor dem 01.01.2005 erhalten haben, künftig von der Landeshauptstadt München (Gemeindehaushalt) übernommen. 2. Die Verwaltung wird beauftragt, hierüber eine vertragliche Vereinbarung nach beiliegendem Muster mit der StKM GmbH abzuschließen. 3. Die Ziffern 1 und 2 dieses Antrages unterliegen der Beschlussvollzugskontrolle. 	Im Zeitplan	Die Vereinbarung wurde vom Personal- und Organisationsreferenten unterschrieben und an die StKM GmbH am 25.01.2017 gesandt; Rücklauf noch offen.
7	14-20 / V 07788	07.12.2016/ 14.12.2016	Beschäftigtensicherheit in Dienstgebäuden der Landeshauptstadt München	<ol style="list-style-type: none"> 1. Der Stadtrat stimmt dem vorgeschlagenen Sicherheitskonzept, insbesondere den unter Ziffer 2. des Vortrags vorgeschlagenen Kategorisierungen und Begriffsdefinitionen und den unter Ziffer 4. des Vortrags vorgeschlagenen Mindeststandards und optionalen 	Im Zeitplan	Die beauftragten Referate und Eigenbetriebe erarbeiten derzeit die notwendigen Umsetzungskonzepte.

Lfd. Nr.	Beschlussnummer	Beschl. am VPA/VV	Beschlustitel (Betreff)	Beschlussaufträge	Status der Erledigung	Erledigungsvermerke
				<p>Maßnahmen zu. Die Mindeststandards sollen in allen Referaten und Eigenbetrieben bis 31.12.2017 umgesetzt sein.</p> <p>2. Die Referate und Eigenbetriebe werden beauftragt, auf Basis dieses Grundsatzbeschlusses unverzüglich die notwendigen Umsetzungskonzepte zu erstellen, mit dem Fachdienst für Arbeitssicherheit (POR-FAS) und der Fachstelle für Sicherheit und Bewachung (KR-ID) endabzustimmen und diese – sofern erforderlich – einschließlich der gegebenenfalls notwendigen Finanzierungsbeschlüsse dem Stadtrat bis spätestens 31.07.2017 zur Entscheidung vorzulegen.</p> <p>3. „Bekanntgabe des Beschlusses (Art. 52 Abs. 3 GO): Die nicht geheimhaltungsbedürftigen Teile des Beschlusses werden nach Beschlussfassung in geeigneter Form bekanntgegeben.“</p> <p>4. Dieser Beschluss unterliegt der Beschlussvollzugskontrolle.</p>		